



Ansprechpartner Michael Löffler
Telefon 02243 9216-55
Telefax 02243 9216-85
E-Mail Michael.Loeffler@wald-und-holz.nrw.de
Datum 09.02.2023
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)
300-11-33.127E RFA 04

Öffentliche Bekanntgabe

**des Ergebnisses der standortbezogenen Vorprüfung mit der Feststellung,
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.**

Die Feststellung trifft das Regionalforstamt Rhein-Sieg-Erft auf Antrag zur Neuanlage von Wald (Erstaufforstung) nach § 41 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

Antrag auf Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

in der Gemeinde: Bergheim
Kreis: Rhein-Erft-Kreis

Gemarkung: Quadrath-Ichendorf
Flur: 24
Flurstück: 175

mit einer Größe von: 60.000 m²

zur Änderung der Nutzungsart in: Wald

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur standortbezogenen Vorprüfung zu entnehmen:

Mit der Erstaufforstung findet eine ökologische Aufwertung des Standortes von einer ehemals intensiv landwirtschaftlich genutzten Fläche zu einer Waldfläche mit standortgerechten, vorwiegend bodenständigen

gen Laubbaum- und Straucharten statt, welche vielfältige Funktionen erfüllt (Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktion). Restriktionen des Landschaftsschutzes stehen dem Vorhaben nicht entgegen bzw. werden eingehalten. Mit der Maßnahme findet eine Waldmehrung in einer ansonsten waldarmen Region statt.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez. Löffler